

## Europäische Kommission präsentiert Szenarien zur zukünftigen Energiepolitik

Die Europäische Kommission hat kürzlich die [Energy Roadmap 2050](#) veröffentlicht. VÖWVG und VKÖ haben sich an einer vorhergehenden [öffentlichen Konsultation](#) beteiligt. Der Roadmap wird eine richtungsweisende Rolle bei der künftigen Ausgestaltung europäischer Energiepolitik zugesprochen. Im Fokus steht die Erreichung des ambitionierten CO2-Reduktionsziels von 80 Prozent bis 2050. Das Dokument skizziert mehrere Energie-Szenarien, die mögliche zukünftige Entwicklungspfade und deren Konsequenzen bis zum Jahr 2050 prognostizieren:

Gemäß den Berechnungen wird die Nachfrage nach Elektrizität massiv steigen, weshalb die Erhöhung des Anteils nachhaltiger Energieträger bei der Stromerzeugung besondere Aufmerksamkeit erfordere. Brüssel rechnet gleichzeitig mit einem kontinuierlichen Anstieg der Elektrizitätspreise aufgrund teurer Netzinvestitionen bis zum Jahr 2030. Die Kommission kündigt an, Forschung und Entwicklung vorrangig zu unterstützen, um die Kosten erneuerbarer Energieproduktion zu senken. Denn mit dem Anteil erneuerbarer Träger im Energiemix steigt die Wichtigkeit dezentraler Systeme. Deswegen sei eine bessere Koordinierung zwischen dezentralen und großen zentralen Energiesystemen zwingend, um das Potenzial erneuerbarer Energie aus lokaler Erzeugung zu heben. Darin spiegelt sich eine zentrale Position der Verbände wider, die seit Jahren mehr Unterstützung für kommunale und lokale Akteure durch entsprechende Investitionen in intelligente Netze fordern.

Eine massive Reduktion des Energieverbrauchs ist trotzdem alternativlos. Je nach Szenario wird ein Rückgang zwischen 32 – 41 Prozent des Primärenergieverbrauchs im Vergleich zu 2005/06 als notwendig errechnet. Die Optimierung der Raumplanung zur Einsparung von Energie sowie die systematische Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sind dafür entscheidende Bausteine. Know-how und Expertise der kommunalen Akteure sind für Europa dementsprechend unverzichtbar.

Im Hinblick auf die immensen Investitionskosten plädiert die Kommission für mehr [private Anteile bei der Finanzierung](#) teurer Investitionen. Die Versorgungsunternehmen könnten die massiven Investitionen in Infrastruktur und Innovation nicht wie in der Vergangenheit alleine bewältigen. Aus Sicht der Öffentlichen Wirtschaft ist allerdings genau darauf zu achten, in welcher Form private Investoren eingebunden werden. Profitaussichten können nicht ohne dazugehörige Investitionsrisiken übertragen werden, der Vorrang öffentlichen Gemeinwohls muss unbedingt gewährleistet sein.

Alle Schlussfolgerungen des Dokuments gehen von der Ratifikation eines internationalen Klimaabkommens aus. Sollte dies ausbleiben, schließt Brüssel eine Neuausrichtung der Europäischen Klimaschutzpolitik nicht aus.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung!

Herzlichst,

Ihr [VÖWVG](#)- und [VKÖ](#)-Team

Rückfragehinweis: [Thomas.Tannheimer@vko.at](mailto:Thomas.Tannheimer@vko.at)